Zypern: Waterloo des Völkerrechts, Desaster der Politikwissenschaft

Von Kostas Dimakopoulos

Fünf Runden Verhandlungen über die Zypernfrage in den 43 Jahren nach der türkischen Invasion von 1974 brachten bis jetzt kein Ergebnis. Die letzte begann am 15.5.2015, führte immerhin zu einer internationalen Konferenz, wurde unter einem Vorwand seitens der von der Türkei abhängigen Türkisch-Zyprioten abgebrochen und wird doch irgendwie fortgeführt. Bleibt es bei diesem Misserfolg, wie oft bis jetzt, ist folgende Kommentierung von den deutschen Massenmedien im Rahmen einer ohnehin spärlichen Berichterstattung zu erwarten: „Mangelnder Wille zur Einigung auf beiden Seiten …"

1. Was weiß man eigentlich über Zypern in Deutschland? [1)]

Recht wenig. Was will man wirklich wissen? Noch weniger. Und diejenigen, die einiges wissen, haben Gründe, ein verzerrtes Bild durch die Medien zu verbreiten. Ähnlich wie bei dem Genozid der christlichen Völker (Armenier, Assyrer, Chaldäer, Thrakien-, Anatolien- und Pontos-Griechen) im Osmanischen Reich. Es hat ca. 100 Jahre gedauert, bis das Schweigen darüber in Deutschland auf Druck der Zivilgesellschaft einigermaßen gebrochen wurde. Bis dahin galt der Hinweis auf das Massaker als „zu einseitig" …

2. Die gängige Erzählung in Deutschland

Berichten gelegentlich die deutschen Massenmedien über das Zypernproblem, dominiert das Muster: „Nach griechischem Putsch und türkischer Intervention ist die Insel seit über vierzig Jahren geteilt. Bikommunale Verhandlungen brachten bis heute kein Ergebnis…" Beschäftigt sich die akademische und die im Dienst des deutschen Außenministeriums tätige deutsche Politikwissenschaft damit, herrscht das Thema: „Aufeinanderprallen zweier widerstrebender Nationalismen, des griechischen und des türkischen". Speziell die links-alternativen Theorien unter dem Namen des „Postkolonialismus" sehen streckenweise Zypern als „Kryptokolonie Griechenlands", das seinerseits als „Kryptokolonie des Westens" wohl gegen den „Orient" steht. Die deutsche Friedensbewegung bemüht sich um gleichen Abstand zu beiden Seiten nach dem Motto: Die Türkisch-Zyprioten haben durch die Übergriffe der Griechisch-Zyprioten 1963 gelitten, die Griechisch-Zyprioten durch die türkische Armee 1974 – sie sind also „quitt" und sollten sich nun endlich wieder vertragen.

Dass Zypern, ein unabhängiger Staat, Mitglied der UNO und der EU, durch eine militärische Invasion der Türkei im Juli und August 1974 geteilt wurde, dass der Norden der Insel seitdem von über 40.000 türkischen Soldaten besetzt wird, dass das EU-Recht deswegen in einem Teil dieses EU-Mitgliedstaats keine Anwendung finden kann, wird von dem öffentlichen Bewusstsein mit Macht verdrängt.[2)] Man betrachtet die Sache „pragmatisch" und „unideologisch" und widmet sich im Übrigen seinen Geschäften. Einige Belege: Der geschäftige Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder besuchte den türkisch besetzten Teil Zyperns im Februar 2008 und traf dort deutsche Investoren – ohne sich Gedanken zu machen, dass die lukrativen Geschäfte vielleicht auf geraubtem griechisch-zypriotischem Eigentum getrieben werden. Der mächtige ADAC verkauft seit langem in Deutschland ungeniert massenweise Billigreisen „nach Zypern – (türkischer Teil)". Die Grünen haben als einzige politische Fraktion die Resolution des Europaparlaments vom 13.11.2014 zur Verurteilung der Türkei wegen der Verletzung der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns im Mittelmeer nicht unterschrieben. Ihre Publikationsorgane in Deutschland haben es eilig, die international anerkannte Republik Zypern zu begraben. Man könnte noch viele andere Beispiele aus Deutschland hinzufügen.

3. Die völkerrechtliche Wahrheit: Schwerstes völkerrechtliches Verbrechen, durch internationale Urteile bestätigt

Die Türkei hat im Jahr 1974 die 1960 gegründete Republik Zypern, für deren Integrität sie zusammen mit Großbritannien und Griechenland nach den Verträgen von Zürich und London (11.2.1959 und 19.2.1959) der „Garant" war, militärisch überfallen. Die Bevölkerung (530.000 Griechisch-Zyprioten, kleine Gemeinden von Maroniten, Armeniern und Latinern, insgesamt 2 %, und 120.000 Türkisch-Zyprioten vor der Invasion 1974) wurde nach rassischen Kriterien gewaltsam entmischt[3)] und die Insel in zwei Teile gespalten. In dem nunmehr ethnisch gesäuberten („griechenfreien") Norden hat die Türkei einen rein türkisch geprägten separaten Staat (also: einen „racialist state") errichtet, die „Türkische Republik Nordzypern" („TRNZ"), die von keinem anderen Staat der Welt außer ihr, d.h. von der Türkei selbst, anerkannt ist. Diese „Intervention" ist natürlich nicht ohne Gräueltaten vonstattengegangen. Die Europäische Kommission für Menschenrechte hatte die Türkei in ihrem Bericht vom 10.7.1976 für schuldig befunden,

***Kostas Dimakopoulos** hat Jura und Politologie in Athen, Bonn und Berlin studiert und als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der juristischen Fakultät der FU Berlin gearbeitet. Er vertrat die Griechen in Deutschland in verschiedenen Gremien, so war er Vorsitzender des ständigen Ausschusses „Ausländerrecht" der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Thema Migrationsrecht und Migrationspolitik veröffentlicht er auf Deutsch und Griechisch.*
Kostas Dimakopoulos ist mit einer Deutschen verheiratet, hat vier Kinder und lebt in Athen und Berlin.

eine Reihe von schweren Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben:

Vertreibung der Griechisch-Zyprioten aus ihren Häusern und Weigerung, ihre Rückkehr in ihre Häuser zu erlauben, unmenschliche Behandlung wie wiederholte Vergewaltigungen und andere Formen von Misshandlung, Tötungen auf breiter Basis, rechtswidrige Inhaftierungen, Entziehung des Eigentums in unvorstellbarem Ausmaß, Fehlen von Beschwerdemöglichkeiten und Diskriminierung wegen der ethnischen Abstammung.[4)]

Nach einer Schätzung[5)] ist fast 1 % (4.000 Tote und 1.476 „Vermisste") der Griechisch-Zyprioten dabei ums Leben gekommen, keine geringe Zahl angesichts der damaligen Bevölkerungszahlen auf der Insel. Insbesondere das humanitäre Völkerrecht hat die Türkei schwer verletzt, damit sind Verbrechen gegen die Personen „hors de combat", Zivilisten und Kriegsgefangene (die berühmten „Vermissten Zyperns") gemeint. Die Vertreibung von über 180.000 Griechisch-Zyprioten, man spricht meistens von 200.000 Menschen (40 % der gesamten griechisch-zypriotischen Bevölkerung), aus ihren Häusern im Norden, wo sie vorher mit 70-75 % die Mehrheit der dortigen Bewohner ausmachten, gehört zwar nicht zu den schwersten zahlenmäßigen Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Denn was sind 200.000 Vertriebene Griechisch-Zyprioten gegenüber 1,5 Millionen ermordeter Armenier oder 6 Millionen vergaster oder anderswie getöteter Juden? – und es gab sicherlich schlimmere Fälle „ethnischer Säuberung" als diese. Aber der Grund der Flucht dieser 200.000 („nicht für das, was sie getan hatten, noch taten oder künftighin zu tun vorhatten, sondern für das, was sie waren" [6)]) macht sie zu einem typischen Fall für das Flüchtlingselend des 20. Jahrhunderts (im 21. hat sich das Bild geändert und auch das 19. Jahrhundert hatte sein eigenes Muster von Flüchtlingen).

Der Verstoß gegen das Völkerrecht auf Zypern endet aber nicht hier. Auf diesem eroberten und bis heute von über 40.000 türkischen Soldaten bewachten Territorium, etwa 37 % der Inselfläche – während die Türkisch-Zyprioten vorher 18 % der gesamten Bevölkerung ausmachten – hat die Türkei in den folgenden Jahren die Bevölkerungsstruktur durch Ansiedlung von besitzlosen Bauern aus Anatolien, unter denen sie das Vermögen der Griechisch-Zyprioten verteilte, massiv verändert. Das Verhältnis der Neusiedler zu den Türkisch-Zyprioten im Norden beträgt heute mit Sicherheit 2 zu 1. Manche aktuelleren Quellen sprechen sogar von einer noch dramatischeren Bevölkerungsveränderung (79.000 Türkisch-Zyprioten in einer Gesamtbevölkerung von 280.000 Menschen im besetzten Norden, Mai 2015 [7)]), was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass viele der ursprünglichen Türkisch-Zyprioten unter dem Druck der Siedler emigriert sind.

Wie sind alle diese Ereignisse einzustufen? Sind sie mit einem Genozid vergleichbar, etwa wie bei der Vernichtung der Armenier und der anderen Christen im Osmanischen Reich vor 100 Jahren? Genozid bedeutet nach der heutigen völkerrechtlichen Definition unter anderem **„vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen, die geeignet sind, die körperliche Zerstörung einer Gruppe ganz oder teilweise herbeizuführen"** (Art. 6 lit. c des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes). Die Türkei hat demnach keinen Genozid auf Zypern verübt. Das aber, was sie getan hat, erfüllt den Tatbestand schwerwiegender Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wie sie in dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofes vom 17.7.1998 und schon vorher in den Genfer Konventionen vom 12.8.1949 definiert werden. Sie verjähren nicht. Ich zitiere aus dem römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) vom 17.7.1998:

> **Art. 7 Abs. 1: «Im Sinne dieses Status bedeutet „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" jede der folgenden Handlungen, die im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung und in Kenntnis des Angriffs begangen wird: ... lit. d: Vertreibung oder zwangsweise Überführung der Bevölkerung.»**
> **Art. 8 Abs. 2: «Im Sinne dieses Statuts bedeutet „Kriegsverbrechen"...**
> **lit. b Nr. viii: die unmittelbare oder mittelbare Überführung durch die Besatzungsmacht eines Teils ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet oder die Vertreibung oder Überführung der Gesamtheit oder eines Teiles der Bevölkerung des besetzten Gebiets innerhalb desselben oder aus diesem Gebiet."**

Ich lasse an dieser Stelle die Verletzung vieler anderer Vorschriften des internationalen Rechts, von der UNO-Charta, Art. 2 (Gewaltverbot, Friedensimperativ), bis zu dem Vertrag über die Ächtung des Krieges vom »

Wie sind alle diese Ereignisse einzustufen? Sind sie mit einem Genozid vergleichbar, etwa wie bei der Vernichtung der Armenier und der anderen Christen im Osmanischen Reich vor 100 Jahren?

Zypern: Waterloo des Völkerrechts...

Es wäre höchste Zeit für eine solidarischere Haltung Europas, d.h. klare Kante gegenüber dem nach dem Referendum allmächtigen Erdogan in der Zypernfrage zeigen – jetzt, wo die alte Kolonialmacht England die EU verlässt und sich die USA von den rauchenden Ruinen zurückziehen, die sie in der Region hinterlassen haben.

27.08.1928, dessen Signatarmacht auch die Türkei ist, beiseite, weil der vorhandene Artikel kein juristischer ist.[8)] Es sollte aber zumindest erwähnt werden, dass Art. 47 der IV. Genfer Konvention klarstellt, dass die kriegerische Besetzung den Rechtsstatus der Wohnbevölkerung des besetzten Gebietes in keiner Weise verändern darf. Um es klar zu machen: Das internationale Recht verbietet schon seit langem nationale Säuberungen und gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen.

Ist dieses Verhalten der Türkei jemals verbindlich von den Organen der zivilisierten Welt beurteilt worden? Durchaus: Die Türkei wurde wiederholt vom UN-Sicherheitsrat [9)], der UN-Vollversammlung [10)], durch Berichte der europäischen Kommission für Menschenrechte [11)] und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EuGHMR)[12)] angeprangert. Zuletzt ist die Türkei durch eine Entscheidung der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 12.5.2014 [13)] wegen der bis heute andauernden Verletzung vieler Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention in Verbindung mit der Invasion, Vertreibung der Bevölkerung und Teilung Zyperns zu hohen, angesichts des erlittenen Unheils allerdings symbolisch wirkenden Entschädigungen verurteilt worden. Ich lasse wiederum an dieser Stelle die Beurteilung des türkischen Verhaltens von namhaften Experten des Völkerrechts im Bereich Vertreibung und Veränderung der Bevölkerungsstruktur beiseite, wie die des Professors Alfred de Zayas, des ehemaligen Sekretärs des UNO-Ausschusses für Menschenrechte.

Alle diese Entscheidungen betrachtet die Türkei als nicht bindend für sie und ignoriert sie demonstrativ. Meistens erwidert sie sie mit einem neuen Akt der Aggression, zuletzt, im Oktober 2014, mit der widerrechtlichen Suche nach Öl- und Gasvorkommen in Begleitung von Kriegsschiffen in der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns im Mittelmeer. Sie steht auf dem Standpunkt, einen Staat Zypern gibt es nicht mehr, das Problem sei mit der Invasion von 1974 gelöst worden. Drei Zitate: Erdogan, allmächtiger Präsident der Türkei heute: „Ein Staat Namens Zypern existiert nicht. Die Griechisch-Zyprioten sollten sich schämen, diesen Namen zu benutzen". Eroglou, damaliger Ministerpräsident der „TRNZ": „Die Griechisch-Zyprioten sind die Besatzungsmacht auf Zypern". Erdogan wiederum, während der laufenden Zypern-Verhandlungen: „Die Griechisch-Zyprioten sind wie hungrige Hühner, die die ganze Kleie haben wollen".

4. Recht und Realität

Auch wenn das internationale Recht eine wichtige Stütze für Zypern anbietet, müsste man trotzdem vorsichtig sein, was seine Bedeutung in der Tat betrifft.

Eine gerichtliche Verurteilung der Türkei für die Teilung der Insel und die Verfälschung der Bevölkerungsstruktur an sich ist bis heute nicht erfolgt. Sieht man genauer hin, ist selbst der gewährte Schutz durch die Entscheidungen des EuGHMR aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention prekär und mit eingebauten Tücken. Die Entscheidungen des EuGHMR drehen sich im Prinzip schon seit langem um die Verletzung des Eigentumsrechts der vertriebenen Griechisch-Zyprioten. Schutz des privaten Eigentums, dieses heiligen Zentrums der Menschenrechte, was so viele Kritiker seit dem 19. Jahrhundert („Zur Judenfrage", „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung" usw.) auf den Plan gebracht hat, erweist aber hier eine seiner problematischsten Seite. **Ist man von dem internationalen Recht geschützt, wenn man sein Haus verloren hat, nicht aber sein Leben, seine Heimat und damit seine ganze Existenz?** Was die Vertreibung und die Beraubung der Heimat der Griechisch-Zyprioten betrifft, erlauben die bis heute herrschenden Unzulänglichkeiten des internationalen Rechts (mangelnde Verrechtlichung der internationalen Beziehungen durch internationale Gerichtsbarkeit, insbesondere im Gebiet des Völkerstrafrechts)[14)] der Türkei, unbestraft davonzukommen. Wie schon einmal 1918. Denn sie weigert sich verständlicherweise, das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes zu ratifizieren oder sich freiwillig der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes (IGH) zu unterwerfen. Letztendlich aber, weil die Türkei von wichtigen internationalen Akteuren gedeckt wird.

Darüber hinaus hat der den Vertriebenen gewährte Schutz des Privateigentums eine für Zypern gefährliche Hintertür: Der EuGHMR hat schon den griechisch-zypriotischen Beschwerdeführern empfohlen (Fall Demopoulos u.a., 2010[15)]), die innerstaatlichen Rechtsbehelfe der sogenannten „TRNZ" zu erschöpfen, eine Geldentschädigung des Besatzungsregimes dafür zu akzeptieren und letztendlich, sich mit der Vertreibung abzufinden. Allerdings bleibt bis heute die Festlegung des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg (EuGH) aus dem Jahr 2009 bestehen: Die Ge-

Kostas Dimakopoulos

richtsbarkeit der Republik Zypern, die durch die türkische Invasion nicht untergegangen ist, ist auch für die türkisch besetzten Gebiete im Norden zuständig, was das Vermögen der Griechisch-Zyprioten betrifft, und die anderen Mitgliedsstaaten müssen sie akzeptieren (Orams-Urteil[16)]).

Ist das schon Grund genug, nicht alles auf die Karte des Völkerrechts zu setzen, kommt das Wichtigste hinzu: Seine Umsetzung in die Praxis. Die Türkei stellt sich taub, weigert sich weitgehend, die Entscheidungen des EuGHMR zu akzeptieren, genauso wie sie es mit den einschlägigen UN-Resolutionen getan hat, sie hält sie zu einem großen Teil für nicht bindend für sie, und der Europarat, der zuständig für die Befolgung der Entscheidungen des EuGHMR wäre, weigert sich, die Türkei ernsthaft zur Verantwortung dafür zu ziehen – etwa durch ein Ausschlussverfahren.

Und dennoch: Die erstaunlichste und vielleicht einmalige Feststellung aus der Zyperntragödie ist, dass das internationale Recht in Bezug auf dieses Staatswesen trotz der schweren Niederlage, die es erlitten hat, schon über 57 Jahren hält! Die Republik Zypern, die noch nicht einmal 15 Jahre intakt war, ist nach wie vor der einzige international anerkannte Staat auf der Insel, obwohl alle drei Elemente der Staatlichkeit nach der klassischen Theorie, Volk, Territorium, Herrschaft, dort lädiert sind und mächtige internationale Akteure, darunter auch einige der EU-Partner, der Insel am Südostmittelmeer einen neuen juristischen Status verpassen wollen.

Man sollte die Bedeutung des Völkerrechts für Zypern so zusammenfassen: Die UNO-Resolutionen verhindern bis heute die Anerkennung der „TRNZ". Die EuGHMR-Entscheidungen führen regelmäßig der Weltöffentlichkeit das erlittene Unrecht vor. Die Orams-Entscheidung des EuGH bremst Geschäfte auf beraubtem griechisch-zypriotischem Eigentum. Entscheidungen nationaler Gerichte, etwa in den USA und Deutschland, ordnen die Rückgabe gestohlener Kunstwerke an ihre rechtmäßigen Besitzer an.[17)] Die EU-Mitgliedschaft macht bis jetzt den Untergang der international anerkannten Republik Zypern unmöglich. Man sollte also daraus schließen, dass das Völkerrecht, das sonst die politischen Verhältnisse auf der Welt zu weniger als 10 % beeinflusst, im Fall Zypern eine größere Wirkung zeigt – trotz der Spaltung durch die türkische Invasion.

Freilich, darauf sollten sich die Zyprioten in Zukunft nicht verlassen. Die Situation kann sich schnell ändern. Über dem juristischen Himmel Zyperns ziehen schon seit langem dunkle Wolken auf. Vor allem stellt der sogenannte „Annan-Plan" und sein langer dunkler Schatten die eigentliche Gefahr auf der juristischen Ebene dar. Dazu mehr im Kapitel 7.

5. Antworten auf die gängige Erzählung über Zypern in Deutschland: „Griechischer Putsch"? „Türkische Intervention"? „Bikommunale Verhandlungen"?

Nach dieser Richtigstellung, was die völkerrechtliche Qualität des türkischen Vorgehens betrifft, komme ich auf das eingefahrene Narrativ in Deutschland über die Zyperntragödie, zurück.

A. „Nach einem griechischen Putsch und einer türkischen Intervention"?

Es ist wahr, dass die damaligen Athener Machthaber gegen das Oberhaupt der Republik Zypern, Erzbischof Makarios, am 15. Juli 1974 geputscht haben, der dem Tod nur knapp entkommen ist. Seine Anhänger leisteten erbitterten Widerstand. Allerdings: In der Erklärung des von der Athener Diktatur eingesetzten neuen „Präsidenten Zyperns", Nikos Samson, wurde die Enossis (Anschluss an Griechenland) noch nicht einmal als Anspielung erwähnt. Stattdessen: „Fortsetzung des griechisch-türkischen Zypern-Dialogs in der bisherigen Form". Die Türkei hat aber den Putsch als den lang ersehnten Anlass genommen, fünf Tage später, am 20.7.1974, auf Zypern als „Garantiemacht" militärisch einzugreifen. Dass dies keine harmlose „Intervention" war, habe ich schon zuvor beschrieben.

War das aber auch ein „griechischer" Putsch? War die den Griechen aufgenötigte Militärdiktatur von Papadopoulos, die die Macht in Athen im April 1967 mit einem NATO-Plan zur Bekämpfung des Kommunismus an sich gerissen hat, und deren Protagonisten Kontaktleute der CIA waren und sogar auf ihrer Gehaltsliste standen, noch legitime Vertreter des griechischen Volkes? Haben sie im Namen Griechenlands gehandelt, als sie im Juli 1974 Makarios auf Zypern stürzen und umbringen wollten, der kurz vorher in einem Brief vom 2.7.1974 an sie geschrieben hatte: „ich kann nicht behaupten, dass ich eine besondere Sympathie für Militärdiktaturen hege, allen voran in Griechenland, in dem Land, das die Demokratie geboren hat und ihre »

Zypern: Waterloo des Völkerrechts...

Ελληνική περίληψη

Κύπρος: Βατερλώ του Διεθνούς Δικαίου, πανωλεθρία της Πολιτικής Επιστήμης

Όσο γράφονται αυτές οι γραμμές, συνεχίζονται οι διαπραγματεύσεις για την επίλυση του κυπριακού μεταξύ Ελληνοκυπρίων και Τουρκοκυπρίων. Αποτελέσματα παλιότερων διαπραγματεύσεων θεωρούνται στο μεταξύ ξεπερασμένα και νέα αποτελέσματα γίνονται περιοδικά γνωστά, π.χ. ότι η Αμμόχωστος θα δοθεί σ' ένα πλούσιο Άραβα επενδυτή που θέλει να χτίσει εκεί ένα Άμπου Ντάμπι Nº 2 ή ότι οι τέσσερις βασικές ελευθερίες της Ε.Ε. θα ισχύουν πανευρωπαϊκά και για Τούρκους υπηκόους που θα διαμένουν στην Κύπρο κλπ. Όλα αυτά όμως πρέπει να τα ακούει κανείς με επιφύλαξη και ισχύει ο κανόνας: Τίποτα δεν συμφωνήθηκε, προτού να συμφωνηθεί το σύνολο.

Τα εγκλήματα που διαπράχθηκαν απ' την Τουρκία στην Κύπρο σε βάρος του Διεθνούς Δικαίου το 1974 και μετά είναι βαρύτατα, πιστοποιημένα με αποφάσεις διεθνών οργανισμών και διεθνών δικαστηρίων, και απαράγραπτα. Η πολιτική επιστήμη που τα αγνοεί, όπως συμβαίνει συχνά εδώ στην Γερμανία, θεωρώντας ότι στο νησί συγκρούονται απλώς δύο εθνικισμοί, ο ελληνικός και ο τουρκικός, και ότι μετά το 1974 νίκησε ο δεύτερος, μετατρέπεται σε προμηθευτή αμφίβολων νομιμοποιήσεων του πολιτικού κυνισμού στην διεθνή σκακιέρα. Όπως περίπου συνέβαινε (και συμβαίνει) και στην περίπτωση της γενοκτονίας των Αρμενίων (και των άλλων χριστιανικών λαών) για εκατό περίπου χρόνια.

Το αν θα προκριθεί τελικά με τις διαπραγματεύσεις μια ευρωπαϊκή ή μια ασιατική λύση του μετά την τουρκική εισβολή και κατοχή εδώ και 43 χρόνια χρονίζοντος κυπριακού προβλήματος είναι υπόθεση των ίδιων των Κυπρίων. Αυτοί θα κρίνουν αν είναι τώρα η κατάλληλη στιγμή για να επιδιώξουν λύση. Θεωρώ όμως ότι οι Ελληνοκύπριοι,

Wiege ist"?[18] Selbst der „große Diktator" Papadopoulos (ich sage dies bewusst in Anspielung auf Charly Chaplin, so wie meine Generation an den griechischen Unis den Diktator damals erlebt hat) schreckte sieben Jahre lang vor einem Putsch auf Zypern zurück und musste dafür von dem skrupellosen und paranoiden Chef der Militärpolizei Ioannidis ersetzt werden, der Papadopoulos unter Hausarrest gestellt hatte.

Viele griechische und ausländische Historiker und Politologen glauben heute **nicht**, dass die Militärdiktatur der Obristen in Athen 1967 zustande gekommen ist, weil die Rechten wirklich Angst vor einer erneuten Regierungsübernahme bei den bevorstehenden Wahlen durch den alten Zentrumspolitiker Georg Papandreou hatten. Papandreou war derjenige, der die Herrschaft der kommunistischen Partisanen nach dem Zweiten Weltkrieg mit Hilfe der englischen Waffen gebrochen hat und Griechenland zu einem westlichen Land machte. Diese Historiker und Politologen glauben, dass die Diktatur gekommen ist, um das vertrackte Zypernproblem zu lösen, das die Südostflanke der NATO durch den Streit zwischen Griechenland und der Türkei zu sprengen drohte. Darauf drängten nämlich schon seit langem mit brachialer Gewalt die Amerikaner, die die Engländer als Hegemonialmacht in der Region beerbt hatten.

Kurze Geschichtserinnerung: Damit man eine Idee davon bekommt, was „brachiale Gewalt" bedeutet, zitiere ich aus dem Bericht des griechischen Botschafters Alexandros Matsas, der im Jahr 1965 die bittere Aufgabe hatte, dem amerikanischen Präsidenten Lyndon Baines Johnson zu erklären, dass das griechische Parlament unmöglich einem Plan zustimmen könnte, wonach Griechenland einfach Zypern annektiert und dann der Türkei einen großen Teil der Insel überlässt. Johnson sagte: „Then listen to me … fuck your parliament and your Constitution. America is an elephant. Cyprus is a flea. Greece is a flea. If those two fleas continue itching the elephant, they may just get whacked by the elephant´s trunk, whacked good…". Er schob auch gleich nach: "If your Prime Minister gives me talk about Democracy, Parliament and Constitution may not last very long.„[19]

Schließlich erfolgte die Lösung nach einer Variante des Planes des amerikanischen Sonderbeauftragten und früheren Außenministers Dean Achecon „Teilung per Putsch". Den Putsch gegen Makarios verübte die Athener Diktatur (und zwar zu einem Zeitpunkt, als Griechisch- und Türkisch-Zyprioten eine akzeptable Lösung für das Verfassungsproblem fast gefunden hatten), die Teilung der Insel besorgte der Einfall der türkischen Armee. Dass ausgerechnet die Ultra-Nationalisten der griechischen Diktatur, die Makarios „nationalen Verrat" vorwarfen, gewollt oder ungewollt „grünes Licht" für die türkische Invasion gegeben haben, darf nicht verwundern. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben sie ihrerseits grünes Licht von ihren Auftraggebern erhalten – der letzte Beweis dafür fehlt allerdings.[20] Jedenfalls schrie Ioannidis nach vielen Augenzeugen dem nach der türkischen Invasion nach Athen herbeigeeilten und um die Südostflanke der NATO sich fürchtenden amerikanischen Vize-Außenminister Joseph Sisco (Vize unter Außenminister Henry Kissinger, der damals, weil Präsident Nixon schwer durch die Watergate-Affäre belastet war, schalten und walten konnte, wie er wollte) in der Anwesenheit der gesamten griechischen Militärführung entgegen: „Sie haben uns betrogen!".[21] Was Ioannidis versprochen wurde und was er auf Zypern wirklich bezweckte, ist bis heute nicht klar, aus dem Kommuniqué der Regierung in Athen und aus der Verkündigung des neuen „Präsidenten" auf Zypern nach dem Putsch von 15. Juli 1974 ergibt sich nichts.

Damit soll nicht gesagt werden, dass Griechenland, die Griechen und die Griechisch-Zyprioten keine Schuld an der türkischen Invasion hatten. Viele Griechen und Griechisch-Zyprioten wollten nach wie vor den Anschluss („Enossis") der Insel an Griechenland, viele haben Makarios die Gefolgschaft verweigert und ihn offen als „Verräter" bekämpft, viele benahmen sich verbrecherisch nach dem Putsch gegenüber Enossis-Gegnern. Makarios selbst hatte ursprünglich, aus Angst vor den subversiven Plänen der Türkisch-Zyprioten, den paramilitärischen Organisationen der Griechisch-Zyprioten seinen Segen gegeben – unter anderem auch der Organisation von Nikos Samson. Den Türkisch-Zyprioten ist allerdings bei dem Putsch von Ioannidis auf Zypern nichts passiert, selbst ihre Läden blieben offen.

B). Bikommunale Verhandlungen als Ideallösung?

Die formelle Verurteilung der Türkei durch die Resolutionen des Sicherheitsrates hatte eine Hintertür, durch die sich das Unrecht verfestigen konnte: Als Lösung des durch die türkische Invasion entstandenen Problems sahen die Resolutionen dringend Verhandlungen zwischen den zwei Gemeinden, der griechisch-zypriotischen und der türkisch-zypriotischen, vor. Somit wurde die Türkei aus der Schusslinie genommen, sie brauchte nicht an den Gesprächen teilzunehmen,

Kostas Dimakopoulos

sondern konnte hinter den vorgeschobenen und von ihr total abhängigen Türkisch-Zyprioten, die langsam durch den Import aus Anatolien keine mehr waren, agieren und die Strippen ziehen, ohne selbst zu haften.[22] Die Umwandlung des Problems der militärischen Invasion in ein „Zwei-Gemeinden-Gesprächsthema", obwohl die zwei Gemeinden inzwischen völlig anders gelagert waren, war eine geniale Erfindung des damaligen amerikanischen Außenministers H. Kissinger. So war der Sinn der UN-Resolutionen (Verurteilung der türkischen Invasion und der Spaltung der Insel) ins Gegenteil verkehrt worden (Zementierung der Teilung) und so sind die Griechisch-Zyprioten in eine Rolle gedrängt worden, in der sie sich ständig rechtfertigen mussten. **Was sind das aber für Verhandlungen, wenn die eine Partei, diejenige, die den Krieg gegen die andere geführt hat, gar nicht mit am Tisch sitzt?**

Die Verhandlungen sind daraufhin 43 Jahre lang so verlaufen, wie man es hätte erwarten können: Sie sind gescheitert, weil jedes Mal, wenn die Griechisch-Zyprioten ein Zugeständnis machten (Föderation, zwei geographische Zonen, Gleichheit der 82 % Mehrheit und der 18 % Minderheit, Rotation des Staatsoberhauptes unter ihnen usw.) und eine Einigung in Sicht war, die Türkei, die ja die letzte Deutungsgewalt des Vereinbarten hat, sie torpedierte und mehr verlangte. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, drohte sie unmissverständlich mit einem neuen Krieg und mit der Besetzung der ganzen Insel, ergänzungsweise gab es wiederholt Kriegsdrohungen auch gegenüber griechischen Inseln in der Ägäis. Das letzte Stück in dieser langen Reihe internationaler Aggression ist im Jahr 2016 passiert: die Infragestellung des Lausanner Vertrags von 1923 vom türkischen Präsidenten Erdogan. Die Anderen waren offensichtlich davon beeindruckt und gaben fast immer nach. Zu der neuen Runde der Verhandlungen wiederholte sich das Spiel vom Anfang an. Fünf Runden in 43 Jahren brachten bis heute kein Ergebnis. Die letzte Runde begann, wie gesagt, am 15.5.2015.

Nach alledem ist folgendes zu sagen: Die in Deutschland (und woanders) verbreitete „Zwei-Nationalismen-These" ist im Grunde genommen eine Plattitüde mit versteckten Absichten. Wer könnte ernsthaft dieser These widersprechen? Dass Zypern ein „Zankapfel" und ein „Machtmarkt" ist, ist unbestreitbar. Konkrete widerstrebende Interessen von Regionalmächten, allen voran Griechenlands (weil 80 % der Inselbewohner griechisch waren und zwar in einer Zeit, in der die Fahne des Selbstbestimmungsrechts der Völker hoch gehisst war) und der Türkei (wegen der geographischen Nähe) beherrschten die Insel. Hinzu kommen Antagonismen mächtiger überregionaler Akteure, zuerst der Kolonialmacht England, dann der US-Amerikaner, sicherlich auch der Sowjetunion, in einem gewissen Grad auch der arabischen Nachbarn und Israels. Geopolitische Bestrebungen tummelten sich also auf diesem Fleck der Erde, oft „unsinkbarer Flugzeugträger" genannt – wer könnte es bestreiten? Was aber bei dem gängigen politologischen Narrativ der „Zwei-Nationalismen" verdächtig ist, ist der Pendel von der angeblichen „reinen Betrachtung der Dinge" zu der „Neutralität" des gleichen Abstandes zu dem Angreifer und dem Angegriffenen und schließlich die Forderung, „sich zu vertragen". Man könnte zwar die „pragmatische" Annäherung einer zynischen internationalen Politik an die vollendeten Tatsachen verstehen, nicht aber eine politikwissenschaftliche Erzählung, mit der erstere legitimiert werden sollte. Denn in diesem zweiten Terrain menschlichen Denkens und Handelns sollten andere Regeln gelten als die angestrengte Nachlieferung von Legitimationen für die Politik. Die übliche Rechtfertigung: „aber die Leute dort haben sich schon immer gegenseitig umgebracht…" wäscht keinen rein von der Schuld, Konflikte zu schüren, „teile und herrsche" zu betreiben und Waffen an beide Seiten zu verkaufen. Und an die Adresse gewisser linker politischer Theorien gilt: Man darf vor lauter „Postkolonialismus" nicht den Kolonialismus selbst vergessen oder gar entschuldigen!

Konkret: Viele der verborgenen Hypothesen des üblichen „Zwei-Nationalismen-Diskurses" reißen große Löcher in die historische Wahrheit und lassen Fragen bei ihrer Apperzeption aufkommen. Hier eine Reihe davon:

1. War der „Enossis"-Wunsch der Griechisch-Zyprioten nach dem antikolonialen Kampf illegitim? Wann ist eigentlich ein solcher Wunsch legitim und womit sollte ein antikolonialer Kampf enden?

2. Auch wenn Makarios, der früher den antikolonialen Kampf der Griechisch-Zyprioten angeführt hatte, und der, beschimpft als „Türkenfeind", „Castro des Mittelmeers" und „roter Pope", eine verhasste Zielscheibe für die damalige westliche Presse abgegeben hat, „Gefallen an der Macht" auf Zypern gefunden haben sollte und umgesteuert hat – was ist dabei verwerflich?

3. War die Republik Zypern nicht zu ihrer eigenen »

όσες επώδυνες υποχωρήσεις κι αν χρειαστεί να κάνουν σε άλλα ζητήματα, δεν θα πρέπει να εγκαταλείψουν τρεις βασικές αρχές:

1. Η «Κυπριακή Δημοκρατία» δεν επιτρέπεται να εξαφανιστεί. Όποια κι αν είναι η αναδιοργάνωση των εσωτερικών σχέσεων μεταξύ Ελληνοκυπρίων και Τουρκοκυπρίων στο νησί, ακόμα κι αν αυτό γίνει στην βάση της «διζωνικής, δικοινοτικής ομοσπονδίας», δεν επιτρέπεται να εγκαταλειφθεί το κράτος που ιδρύθηκε το 1960 και έγινε μέλος της Ε.Ε. το 2004.

2. Καμιά ενδοκυπριακή συμφωνία που δεν θα ήταν σύμφωνη με το Ευρωπαϊκό Κοινοτικό Δίκαιο δεν θα έπρεπε να γίνει αποδεκτή.

Αυτό ισχύει ακόμη περισσότερο για την ίδια την Ε.Ε. που στην μετά την εκλογή Trump εποχή και την αποχώρηση της Βρετανίας καλείται να διαχειριστεί πιο αυτόνομα την μοίρα της σε συσχετισμό με την μοίρα της εγγύς γειτονιάς της, της Μέσης Ανατολής. Όχι μόνον αναφορικά με το προσφυγικό και την τρομοκρατία, αλλά και σε σχέση με την προμήθεια της Ευρώπης με ενέργεια (αέριο και πετρέλαιο). Εάν π.χ. δοθεί έμφαση στον ενεργειακό άξονα Ισραήλ-Αίγυπτος-Κύπρος-Ελλάδα με δυνατότητα προσχώρησης και πολλών άλλων χωρών, μέχρι και του Ιράν, η συμβολή της Ευρώπης στην εξειρήνευση της περιοχής θα ήταν μεγάλη. Σε κάθε περίπτωση η Ε.Ε. έχει σηκώσει ψηλά την σημαία της υπεράσπισης του Διεθνούς Δικαίου, του οποίου η ισχύς είναι αδιαίρετη και η εφαρμογή του σήμερα στον κόσμο πιο αναγκαία παρά ποτέ.

Το πολιτικό σύστημα που ισχύει τώρα de facto και είναι ήδη και de jure υπό εκκόλαψη στην Κύπρο θα αντιστρατεύεται ούτως ή άλλως βασικές αρχές του πολιτικού συστήματος της Ευρώπης. Θα είναι ένα είδος θεσμοθετημένης ρατσιστικής-θρησκευτικής διάκρισης του πληθυσμού και μια «πολιτική ισότητα» δύο κοινοτήτων, της πλειοψηφίας και της μειοψηφίας, με την οποία

Zypern: Waterloo des Völkerrechts...

υποχωρεί η αρχή της Δημοκρατίας «ένας πολίτης μία ψήφος». Μέχρι τώρα η Ε.Ε. έχει εγκαταλείψει το μέλος της, την Δημοκρατία της Κύπρου, σε κρίσιμες στιγμές και ασκεί μονόπλευρες πιέσεις για να ξεφορτωθεί το κυπριακό πρόβλημα. **Όμως** η Ε.Ε. δεν θα έπρεπε να διαπράξει και το επόμενο σφάλμα: Να ρίξει την Κύπρο βορά στις ακόρεστες νέο-οθωμανικές ορέξεις του εξαγριωμένου μετά το πραξικόπημα του 2016 και το δημοψήφισμα του 2017 Τούρκου προέδρου Ερντογάν, με την ελπίδα ότι έτσι θα τον εξευμενίσει. Η Ε.Ε. θα έπρεπε να παρακολουθεί στενά τις συνομιλίες για το κυπριακό και να εξασφαλίζει την συμβατότητα των αποτελεσμάτων τους με το κοινοτικό δίκαιο και με τα δικά της πολιτικά συμφέροντα. Αλλιώς η Τουρκία θα την εκβιάζει διαρκώς μέσω της Κύπρου, που με την σειρά της θα εκβιάζεται από ό,τι ονομάζουμε «Τουρκοκυπρίους», που στην συντριπτική τους πλειοψηφία είναι πλέον Τούρκοι έποικοι. Ας αναλογιστεί κανείς τι συνέβη στην περίπτωση της επικύρωσης της συμφωνίας CETA μεταξύ Ε.Ε. και Καναδά με τις αντιρρήσεις που προέβαλλε το κρατίδιο της Βαλονίας στο Βέλγιο.

3. Η Κύπρος δεν χρειάζεται πλέον ξένους πάτρονες ως «εγγυήτριες δυνάμεις». Η μία «εγγυήτρια δύναμη», η Μεγάλη Βρετανία, έχει ένα αποικιακό παρελθόν, για το οποίο η Ευρώπη δεν είναι σήμερα καθόλου περήφανη. Κατέχει πάντα 2,7% του εδάφους της Δημοκρατίας της Κύπρου, χωρίς να έχει ρωτήσει ποτέ τους Κυπρίους γι' αυτό. Ακόμα και το NATO δεν έχει πρόσβαση στις πανίσχυρες αγγλικές στρατιωτικές βάσεις εκεί. Όμοια όπως για το θέμα του Γιβραλτάρ, για το οποίο είναι δρομολογημένο να ερωτηθεί η Ισπανία, θα πρέπει να ερωτηθεί και η Κύπρος για το θέμα των βρετανικών βάσεων στο νησί στα πλαίσια των επικείμενων διαπραγματεύσεων για το Brexit.

Η άλλη «εγγυήτρια δύναμη», η Τουρκία, επέδραμε με τον στρατό της στην Κύπρο, επικαλούμενη την

Selbsterhaltung gezwungen, einen blockfreien Kurs zu fahren, nachdem die Insel verpflichtet wurde, ein unabhängiger Staat zu werden?

4. Wer arbeitete von Anfang an gegen die Fundamente der Staatlichkeit auf Zypern? Sollte nicht durch Dialog versucht werden, die Insel regierungsfähig zu machen (Vorschläge für eine Verfassungsänderung 1963)? Sollte das Demokratieprinzip auf Zypern keine Rolle spielen? Wie ist es zu den tragischen bikommunalen Konflikten von 1963/1964 gekommen? Hatten nicht etwa agents provocateurs des türkischen Geheimdienstes TMT ihre Hand im Spiel, damit Konflikte geschürt, faits accomplis geschaffen werden und die militärische Invasion und Teilung der Insel beginnen kann? Waren die Griechisch-Zyprioten wirklich die „Täter" und die Türkisch-Zyprioten die „Opfer", als ihre Dörfer im August 1964 von der türkischen Luftwaffe mit Napalm bombardiert wurden?

5. War die große Mehrheit der Griechisch-Zyprioten, die hinter Makarios standen, immer noch als Enossis-Nationalisten zu bezeichnen, als die Athener Diktatur auf Zypern putschte?

6. Auch wenn es sich tatsächlich um einen „griechischen" Putsch im Juli 1974 gehandelt haben sollte, reicht das zur Legitimation der türkischen Invasion? Und auch bis zur Haftung der Republik Zypern?

7. Hat die Türkei als „Garant" der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit Zyperns im Sinne der Zürich/London-Verträge gehandelt, als sie die Insel überfallen hat? (Zur Erinnerung: Die Türkei berief sich bei der Invasion auf Art. IV Abs. 2 des Garantievertrages für Zypern, der Aktionen einer „Garantiemacht" vorsah, „with the sole aim of reestablishing the state of affairs created by the present Treaty"- Völkerrecht ad absurdum.) Als ihre Armee geblieben ist, auch nachdem der Putsch rückgängig gemacht worden ist? Als sie im August 1974 das okkupierte Gebiet, dieses Mal völlig ohne Anlass, stark erweiterte? Als sie einen separaten Staat auf der Insel ausrief?

8. Hatte die türkische Invasion überhaupt etwas mit den Türkisch-Zyprioten zu tun? Und wenn ja, zu welchem Anteil?

6. Zwischenfazit

Zypern ist Opfer eines doppelten Verbrechens geworden, das von der damaligen griechischen Regierung und der Türkei begangen wurde. Die Tragödie ist lange vorher angekündigt worden. Die Ausschaltung eines blockfreien Landes in den 70er Jahren war durchaus im Sinne der Engländer und Amerikaner. Die Sowjetunion wollte sich am Ende nicht in eine „fremde Sache" einmischen und versprach sich davon Zurückhaltung der NATO in ihrem eigenen Einflussgebiet.[23)] Sucht man Parallelen zu dem Coup gegen Makarios müsste man an den Putsch gegen Mossadeq in Persien und gegen Allende in Chile denken – womit ähnliche Fehleinschätzungen der Folgen seitens westlicher Geheimdienste einhergehen. In erster Linie aber war die Zypertragödie eine vorgezogene Regime-Change-Politik durch den Westen, wie die, die wir in der Gegenwart erleben, das Präludium der Destabilisierung der anderen ex-blockfreien Länder der Region heute, die damals der Sowjetunion zugeneigt waren, etwa Syriens. Und diese Destabilisierung erfolgt wiederum mit der Hilfe der Türkei, die allerdings zunehmend selbständig agiert – zum großen Ärger des Westens. Dieser Ansatz bringt uns in der Erkenntnis auch der heutigen Zeit weiter.

In der Zypernfrage haben wir es mit einer extremen Diskrepanz zu tun. Einerseits das, was passiert ist: Militärische Invasion, und zwar von einer „Garantiemacht", in ein neutrales und blockfreies Land, das UNO- und inzwischen EU-Mitglied ist, Vertreibung und gewaltsame Entmischung der Bevölkerung, Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch Import von außen und Proklamierung in dem besetzten Gebiet eines separaten, rassisch aufgebauten Staates. Andererseits die Adaption der Geschehnisse bzw. Behandlung des Themas im Westen: Bagatellisierung des Verbrechens, Arrangement mit den neuen Verhältnissen, massiver Druck auf die Opfer, die vollendeten Tatsachen zu akzeptieren, Versuch, das internationale Recht zu biegen und die neue Situation in eine neue juristische Form zu gießen. Diese Diskrepanz geht mit manchen Theorien einher: „Die Opfer sind selbst schuld", „Türkisch-Zyprioten haben 1963 gelitten, dafür litten Griechisch-Zyprioten 1974", die „Kryptokolonialismus-Theorie" usw. Insbesondere die „Zwei-Nationalismen-These" ist zwar selbstverständlich, aber nicht geeignet, die ganze Komplexität des Zypern-Konflikts zu erfassen. Sie ignoriert wichtige Parameter des Problems und läuft darauf hinaus, wichtige Akteure aus der völkerrechtlichen Verantwortung für ihre (Un-) Taten zu entlassen. Sie diente und dient immer noch oft dazu, das englische „teile und herrsche"- Spiel zu rechtfertigen, amerikanische Hegemonialansprüche in der Region zu etablieren und heutige westliche Nachfolgeinteressen zu legitimieren.

Kostas Dimakopoulos

7. Die Haltung des Westens

Es ist der zivilisierten Welt und speziell dem Westen formell nicht möglich, solche eklatanten Verletzungen des Völkerrechts hinzunehmen, es sei denn unter Aufgabe aller seiner juristischen Prinzipien. Nur wenn die Griechisch-Zyprioten unter der Last der Verhältnisse und der ständigen Bedrohung durch die türkische Armee die vollendeten Tatsachen in der Form einer neuen „Verfassung" akzeptieren würden, könnte der Westen seine Hände in Unschuld waschen: „Wenn die Zyprioten es selbst wollen …" Das war die Idee des anglo-amerikanischen „Annan-Plans" von 2004 (mit dem die Engländer ihre Rechte auf der Insel übrigens nicht nur zementierten, sondern auch erweiterten).

Dieser Plan ist allerdings von den Griechisch-Zyprioten bei der anschließenden Volksabstimmung (immerhin gab es eine solche, während sie 1960 bei der Gründung des Staates nicht gefragt wurden) mit 75,8 % abgelehnt worden. Sie hatten zum Schluss (denn der Annan-Plan ist fünf Mal zu ihren Lasten geändert worden, exakter sollte man von Annan Plan 5.0 sprechen [24)]) die berechtigte Angst gehabt, dadurch auch den ihnen verbliebenen Teil, den Süden Zyperns, und auch die Republik Zypern, die ihnen noch einen gewissen internationalrechtlich garantierten Schutz gab, zu verlieren. Dieser Plan war eine grobe Verletzung von Völker- und Gemeinschaftsrecht.

Die Bewohner des türkisch kontrollierten Nordens, d.h. die übrig gebliebenen Türkisch-Zyprioten und die anatolischen Siedler, haben auf Anraten des „Mutterlandes" Türkei den Annan-Plan mit 64,9 % akzeptiert. Vor allem Engländer und Amerikaner bringen diesen Plan immer wieder in einer neueren Form auf den Tisch.

2004 ist Zypern Mitglied der Europäischen Union geworden, 2008 auch Mitglied der Eurozone. Die Haltung der Türkei hat dies wenig beeindruckt, ihre Strategie und Taktik gegenüber Zypern ging unvermindert weiter. Auch die EU hat der Republik Zypern bis jetzt nicht annähernd so beigestanden, wie es sich gehört. Sie hat zwar die „TRNZ" nicht anerkannt, aber ihre Haltung ist, genau genommen, beschämend, wenn man bedenkt, dass EU-Territorium durch einen dritten Staat, die Türkei, besetzt wird, der, zumindest offiziell bis vor kurzem, selbst Mitglied werden wollte. Man sollte es sich vergegenwärtigen: Die Türkei reicht ein EU-Beitrittsgesuch ein und erklärt gleichzeitig, sie erkennt eines der EU-Mitglieder nicht an. Bei den immer neuen Provokationen der Türkei gegenüber Zypern laviert die EU, meidet klare Worte und macht eher Druck auf die Griechisch-Zyprioten, sich damit abzufinden und die neue Situation juristisch mit ihrer Unterschrift unter einem neuen Vertrag zu akzeptieren. Das Maximum, was die EU von der Türkei verlangt, ist, Häfen und Flughäfen für zypriotische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Die Gemeinschaft schreibt damit ihre eigenen völkerrechtlichen Prinzipien (zuletzt Vertrag von Lissabon) in den Wind. Dabei offenbart sich immer mehr eine große Kluft zwischen Bekenntnis und Realität. Und man sieht was das heißt, mit zweierlei Maßstäben zu messen, etwa angesichts der EU-Position in der Ukraine-Krise. All die großen Worte der „Europe is our common future"- Rhetorik, die wir anlässlich der Feierlichkeiten zu dem 60-jährigen Jubiläum der Gemeinschaft im März 2017 gehört haben, etwa über gemeinsame Werte, gemeinsamen Einsatz für Sicherheit und Verteidigung der Außengrenze, gemeinsame Außenpolitik usw., entpuppen sich im Fall Zyperns als Farce. Das wäre nicht weiter schlimm – wir sind inzwischen daran gewöhnt –, aber speziell heute und speziell gegenüber dem Erdogan-Regime mit seinen aggressiven neo-osmanischen Ambitionen begeht die EU einen tödlichen Fehler, wenn sie Zypern der Türkei zum Fraß vorwirft, weil sie sich Zugeständnisse von ihr woanders erhofft. Es wäre höchste Zeit für eine solidarischere Haltung Europas, **d.h. klare Kante gegenüber dem nach dem Referendum allmächtigen Erdogan in der Zypernfrage zeigen** – jetzt, wo die alte Kolonialmacht England die EU verlässt und sich die USA von den rauchenden Ruinen zurückziehen, die sie in der Region hinterlassen haben.

8. Quo vadis Cypros?

Die Türkei wird keine Ruhe geben, ehe sie auf die eine oder die andere Art die ganze Insel beherrscht – das entspricht ihrer Grand Strategy seit 1956 (Strategischer Plan Nihat Erim). Nicht unbedingt über die Eroberung des Südens, sondern anders: den Norden besetzt und demographisch manipuliert, den Süden als Geisel unter der Kontrolle des besetzten Nordens.[25)] Würde man ihr jetzt offiziell „Taksim" (Teilung), die uralte feierliche türkische Forderung, juristisch in voller Form anbieten, würde sie wahrscheinlich unter vielen Vorwänden ablehnen – das ist meine Einschätzung. Momentan sieht es so aus, als ob die Türkei die ganze Insel durch die „TRNZ" über einen neuen „Annan-Plan", den ambitionierte Diplomaten, die sich nicht besonders um das Völkerrecht kümmern,[26)] vorantrei-

νομική της θέση ως «εγγυητή» της Κυπριακής Δημοκρατίας, κατέλαβε και διαίρεσε το νησί, διαπράποντας εγκλήματα πολέμου και εγκλήματα κατά της ανθρωπότητας, και υπέσκαψε την ίδια την εδαφική ακεραιότητα και ανεξαρτησία του κράτους που υποτίθεται ότι εγγυόταν. Το να ζητά σήμερα η Τουρκία να παραμείνει «εγγυήτρια δύναμη» μιας νέας και επανενωμένης Κύπρου στο σύνολό της αποτελεί προσβολή της κοινής λογικής των διεθνών σχέσεων και οδηγεί το Διεθνές Δίκαιο σε αυτο-αναίρεση (Διεθνές Δίκαιο ad absurdum).

Επίσης και η τρίτη «εγγυήτρια δύναμη», η Ελλάδα, έπαιξε καταστροφικό ρόλο την δεκαετία του '70 στην Κύπρο και δεν εκπλήσσει το γεγονός ότι οι Ελληνοκύπριοι απέστρεψαν το πρόσωπό τους απ' αυτήν την «μητέρα-πατρίδα».

Ως μοναδικός εγγυητής των νέων σχέσεων θα μπορούσε να λειτουργήσει η Ε.Ε. Εάν χρειάζεται ακόμα μια «εγγυήτρια δύναμη» κάπου πάνω στην Γη μέσα στον 21ο αιώνα.

Κώστας Δημακόπουλος

»

Zypern: Waterloo des Völkerrechts...

ben, kontrollieren will. So sollte z.B. Zypern Frischwasser über die Türkei bekommen – gelegentlich auch nicht – und Gas und Öl sollte die Insel nur über das Land am Bosporus verkaufen. Man könnte meinen, die Türkei scheint momentan ganz nah an ihrem Ziel zu sein. Ihre geostrategische Rolle in der Region wächst, sie wird ein wichtiger Knotenpunkt für die Weiterleitung von Energie nach Europa und ihre militärische Bedeutung nimmt für den Westen nach dem Chaos, der im ganzen Nah-Osten angerichtet wurde, zu.

Zypern auf der anderen Seite, eine kleine, wehrlose Insel im Ost-Mittelmeer, dem noch vor kurzem, 2013, mit der „Zypernrettung" das ökonomische Genick durch die Troika gebrochen wurde, ist auf wenige Freunde angewiesen. Dazu gehören inzwischen Israel und Ägypten, Länder, mit denen Zypern das Interesse teilt, das neu gefundene Öl und Gas im Mittelmeer zu nutzen (Energie-Achse Israel-Zypern-Griechenland, mit Anschlussmöglichkeit vieler anderer Staaten). Nach wie vor ist Zypern schon seit dreizehn Jahren Mitglied der EU. Noch ist also die Insel, wo nach der griechischen Mythologie Aphrodite aus dem Schaum geboren wurde und auf der das Griechentum seit 3.500 Jahre präsent ist, nicht verloren. Der frühere Ministerpräsident unter Erdogan Ahmet Davutoğlu, ein guter Anwender des Modells von H. Mackinder und Theoretiker des Neo-Osmanismus, sagte einst,[27] dass Zypern 2004 in die EU aufgenommen wurde, weil sich Europa dadurch einen größeren Einfluss in der Region und Deutschland speziell eine größere Unabhängigkeit von den USA erhofften.

Noch ist also die Insel, wo nach der griechischen Mythologie Aphrodite aus dem Schaum geboren wurde und auf der das Griechentum seit 3.500 Jahre präsent ist, nicht verloren.

Vielleicht kommt die EU irgendwann auf die Idee, dass die bisherige Nahost-Politik der USA eine Katastrophe war, die Europa selbst auszubaden hat. Vielleicht erkennt Europa irgendwann, dass es ein vitales Interesse nicht nur an der eigenen Energieversorgung über befreundete Länder hat, die ihre Werte teilen, sondern dass der Nahe Osten seine, also Europas, direkte Nachbarschaft ist und dann einen eigenen Beitrag zur Befriedung der Region leisten will. Vielleicht. Momentan zeigt sich der Westen – nicht nur Amerika als „das neue Europa" außerhalb Europas, sondern auch die EU als das „alte Europa"[28] –, von seiner hässlichsten Seite und ist dabei, die ganze Werte-Fassade niederzureißen und zu zertrampeln.

9. Epilog

Während diese Zeilen geschrieben werden, gehen die Verhandlungen zur Wiedervereinigung der Insel auf Zypern weiter. Ergebnisse früherer Verhandlungen sind inzwischen überholt.[29] Neue Teilergebnisse werden gelegentlich bekannt (so etwa, dass die Stadt Famagusta einem reichen arabischen Investor überlassen werden sollte, der dort angeblich ein zweites glitzerndes Abu Dhabi bauen will oder dass die vier fundamentalen EU-Freiheiten auch türkischen Staatsangehörigen gelten sollen, die sich auf Zypern aufhalten). All das ist aber mit Vorsicht zu genießen und nach wie vor gilt der Satz: Nichts ist vereinbart worden, ehe das Ganze vereinbart ist.

Ob eine europäische oder eine asiatische Lösung des Zypernproblems bevorzugt wird, ist letzten Endes Sache der Zyprioten selbst. Auf der griechisch-zypriotischen Seite gibt es jedenfalls Zyprioten, die an Zypern und nicht etwa an Griechenland denken, schon seit der Zeit von Makarios. Mir scheint allerdings, dass die Griechisch-Zyprioten bei den vielen schmerzlichen Zugeständnissen, die sie bei den Verhandlungen machen müssen, drei Prinzipien auf keinen Fall aufgeben dürfen:

1. Die „Republik Zypern" darf nicht untergehen. Bei jedem Reorganisieren der inneren Verhältnisse, auch wenn das auf der Basis einer „bizonalen, bikommunalen Föderation" geschehen sollte, darf der Staat, der 1960 gegründet und 2004 in die EU aufgenommen wurde, nicht aufgegeben werden.

2. Kein innerzypriotisches Abkommen, das mit dem EU-Recht nicht vereinbar ist, sollte akzeptiert werden. Das im Entstehen befindliche neue Regime auf Zypern wird ohnehin dem politischen System Europas widersprechen: eine Art institutionalisierte rassisch-religiöse Trennung der Bevölkerung und eine „politische Gleichheit" der zwei Hauptgemeinden (die maronitische, armenische und latinische Minderheit gehen dabei leer aus), bei der das Demokratieprinzip „jeder Bürger eine Stimme" lädiert wird. Die EU sollte aber nicht auch den nächsten Fehler begehen. Sie sollte ein vitales Interesse daran haben, die Verhandlungen zu begleiten und die Kompatibilität mit ihrem Recht zu sichern. Sonst wird sie von der Türkei über Zypern ständig erpresst.

3. Zypern braucht keine „Schutzmächte" mehr. Die eine Schutzmacht, Großbritannien, hat eine Kolonialvergangenheit, über die man in Europa heute nicht gerade stolz ist. Sie besitzt 2,7 % des Territoriums der Republik Zypern (Sovereign Base Areas), ohne jemals die Zyprioten gefragt zu haben. Sie zahlt noch nicht

Kostas Dimakopoulos

einmal die vereinbarte Miete. Selbst die NATO hat keinen Zugang zu den mächtigen militärischen Anlagen dort. Ähnlich wie Spanien beim Thema Gibraltar sollte Zypern bei dem Thema britische Militärbasen auf der Insel anlässlich der Brexit-Verhandlungen in den zwei kommenden Jahren gefragt werden.

Die andere, die Türkei, hat unter zynischer Inanspruchnahme der Garantiestellung die Insel überfallen, besetzt, geteilt, Verbrechen großen Kalibers verübt und die von ihr garantierte Integrität der Republik Zypern selber untergraben.

Auch die dritte Schutzmacht, Griechenland, hat eine katastrophale Rolle in den 70er Jahren auf Zypern gespielt – kein Wunder, dass sich die Griechisch-Zyprioten von diesem „Mutterland" abgewendet haben. Als einziger Garant der neuen Verhältnisse sollte die EU selbst auftreten. Wenn überhaupt noch in dem 21. Jahrhundert irgendwo auf der Welt eine „Schutzmacht" gebraucht wird. [30)] ■

Kostas Dimakopoulos, Athen/Berlin
Jurist und Politologe

1 Ich beziehe mich auf meine vorigen Artikel über das Zypernproblem in Exantas: „Eine europäische Lösung für das Zypernproblem" (Heft 8), „Zypern – Die missbrauchte Insel Europas" (Heft 18), „Zypern gegen die Türkei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte" (Heft 20), „Europa muss Zypern beistehen – im eigenen Interesse" (Heft 21), „Hundert Jahre Genozid" (Heft 22). In dem vorliegenden Artikel streue ich nur die wichtigsten Informationen in den Text.

2 Viele einschlägige deutsche Zeitschriften erlauben noch nicht einmal eine Gegendarstellung zu den Halbwahrheiten, die sie verbreiten. Für eine völkerrechtsfreundlichere Annäherung an das Zypernproblem ist offensichtlich in den deutschen Medien kein Platz.

3 Unter der Drohung des Genozids an den eingekesselten Griechisch-Zyprioten musste die Regierung in Nicosia in eine Vereinbarung über den Austausch einwilligen.

4 „Zypern gegen die Türkei" vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach dem alten Art. 31 EMRK, Verbundssache 6780/174, 6950/175, Bericht vom 10.7.1976, und Rs. 8007/77, Bericht vom 10.7.1978, Rs. 25781/94, Bericht vom 4.6.1999. Die Entscheidungen und einschlägige Dokumente sind in der Datenbank des EuGHMR und der anderen Gerichte verfügbar.

5 Vagelis **Koufoudakis**, Cyprus: A Contemporary Problem in Historical Perspective, Minnesota 2006.

6 Otto **Kirchheimer**, Politische Justiz, Neuwied und Berlin 1965, S. 515f.:"Die Überlebenden der türkischen Armeniermassaker, die russischen „Bourgeois" der zwanziger Jahre, die europäischen Juden im Hitlerschen Europa, die spanischen Militärdienstpflichtigen, die im Bürgerkrieg auf Seiten der rechtmäßigen republikanischen Regierung gefochten hatten, Angehörige der während des zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion auf die Proskriptionsliste gesetzten nationalen Minderheiten: alle diese Exilierten neuer Prägung entflohen der drohenden Bestrafung für was sie waren, nicht für was sie getan hatten, noch taten oder künftighin zu tun vorhatten."

7 Materialien eines internationalen Kongresses über Zypern in der Anwaltskammer Athen, Mai 2015.

8 Einen exzellenten älteren juristischen Artikel auf Deutsch über das Zypernproblem findet man bei Altana **Filos**, Die Entwicklung der Zypern-Frage unter besonderer Berücksichtigung der geplanten EU-Mitgliedschaft der Republik Zypern, ZaöRV, 1999, S. 185ff. Ansonsten sind juristische Abhandlungen darüber sehr selten in Deutschland – im Gegensatz zu den politologischen.

9 Etwa Resolution 353 (1974), 354 (1974), 358 (1974), 360 (1974) usw. des UN-Sicherheitsrates.

10 Etwa Resolution 3212 (1974), 3395 (1975) usw. der UN-Generalversammlung.

11 S. oben, FN 4.

12 Fall Loizidou, Rs. Nr. 15318/89, Urteil vom 23.03.1995, vom 18.12.1996 und vom 28.07.1998, Fall Zypern gegen die Türkei, Rs. Nr. 25781/94, Urteil vom 10.05.2001, Fall Xenides-Aresti, Rs. Nr. 46347/99, Urteil vom 02.09.2004, vom 22.12.2005 und vom 07.12.2006, Fall Varnava u.a., Rs. 16064/90 u.a., Urteil vom 18.9.2009 usw.

13 Rechtssache 25781/94.

14 An der Universität Bremen läuft ein Projekt „Judizialisierung der internationalen Streitbeilegung" unter der Leitung von Prof. Andreas Fischer-Lescano. Man könnte etwa an die Versehung des EuGHMR mit Exekutivbefugnissen oder an die Einführung erweiterter Klagebefugnisse vor dem IStGH und dem IGH denken.

15 Rs. 46113/99 u.a., Urteil vom 1.3.2010.

16 EuGH, Rs. C-420/07, Urteil vom 28.04.2009. Vorher schon ähnlich EuGH, Rs. C-439/92, Urteil vom 05.07.1994.

17 US Court of Appeals for the 7th Circuit, Urteil vom 24.10.1990, OLG München, AZ 19 U 4878/10, Urteil vom 18.3.2013.

18 Σταύρος **Ψυχάρης**, Τα παρασκήνια της αλλαγής – Ιούλιος 1974, Αθήνα 1975 (2013), σε. 68 επ (griechisch), Heinz **Richter**, Geschichte der Insel Zypern, Band IV: 1965 -1977, Teil 1, Mainz und Ruhpolding, 2009, S. 353ff.

19 Dieses Gespräch kann man inzwischen bei verschiedenen Quellen nachlesen, hier zitiert nach Heinz **Richter**, Friede in der Ägäis?-Zypern – Ägais – Minderheiten, Köln, 1988, S. 20f. Immerhin war es Johnson, der die bevorstehende türkische Invasion mit seinem Brief vom 05.06.1964 stoppte. Der Grund war allerdings eher die offene Erklärung Nikita Chruschtows, nachdem sich Makarios an die Russen gewandt hat, die Sowjetunion würde der Republik Zypern gegen jede ausländische Intervention zu Hilfe kommen, ibid. S. 19. Dies hat allerdings auch sein Schicksal besiegelt.

20 Der deutsche Zeithistoriker Heinz **Richter**, der als Zypern-Spezialist gilt, hat in dem vierten Band seines Werkes „Geschichte der Insel Zypern", FN 18, das Gegenteil dessen behauptet, was er bis dahin vertrat, nämlich, dass Ioanidis aus freien Stücken, ohne die Genehmigung der Amerikaner, gehandelt hat (ibid., S. 319ff., 322, 335f.). Er begründet es damit, dass er keinen schriftlichen Hinweis in den Archiven des State Departments gefunden hat. Er lobt sogar die USA für ihre Beständigkeit, die Rückkehr zur Demokratie in Athen zu verlangen (S. 318f.). Neulich hat derselbe Historiker in einem Vortrag im Bundesfinanzministerium die Meinung vertreten, nicht Deutschland schuldet Griechenland Geld aufgrund der nie zurückgezahlten Zwangsanleihe von 1941, die die Deutschen als Besatzungsmacht den Griechen auferlegt haben und womit sie das okkupierte Land ausbluten ließen, sondern umgekehrt, da sie die griechische Währung damals mit Gold gestützt haben sollen, s. H. Fleischer, K. H. Roth, Chr. Schminck-Gustavus, Die Opfer – und nicht die Täter – sollen in der Bringschuld sein? Exantas, Heft 24, Juni 2016, S. 6ff.

21 Σταύρος **Ψυχάρης**, FN 18, S. 112.

22 Dennoch gab es im August 2001 massive Demonstrationen der Türkisch-Zyprioten gegen die Türkei und für die Wiedervereinigung der Insel.

23 Warum die Sowjetunion bei der türkischen Invasion 1974 nicht reagiert hat, ist eine größere Frage, die den Rahmen des vorliegenden Artikels sprengt.

24 Über die fünf Fassungen s. Claire **Palley**, An International Relations Debacle: The UN Secretary-General´s Mission of Good Offices in Cyprus 1999-2004, Portland, 2005.

25 In der letzten Zeit spielt die Erpressung Zyperns durch die Türkei mit der Verschickung von ständig mehr Flüchtlingen aus Afghanistan, Syrien, Afrika usw. eine immer größere Rolle.

26 Ein Beispiel davon: Albert **Rohan**, Zypern – ohne Hoffnung, Europäische Rundschau, 2014, S. 13ff.

27 Ahmet **Davutoğlu,** „Stratejik Derinlik: Turkiye'nin Uluslararasi Konumu", Istanbul, 2004 (2001), griechische Übersetzung, Strategische Tiefe: Die internationale Stellung der Türkei, Athen, 2010, S. 275f. Interessant ist, was er sonst sagt: Zypern, wo die Türkei intervenieren müsste, selbst wenn es keinen einzigen Muslim dort gäbe, zeigt wie wichtig juristische Handhaben wie die Verträge von 1959 sind, um im Namen der Minderheiten auch woanders, etwa auf dem Balkan, einzugreifen, S. 279, 200.

28 Terminologie von Wolfgang **Reinhard**, Die Unterwerfung der Welt – Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415 – 2015, München 2016.

29 Assessment Report of the Negotiations in Cyprus, UN Security Council, S/2012/149 12 March 2012.

30 Nun eine letzte Fußnote. Dass ich die Solidarität des Westens in der Zypernfrage anmahne, behagt mir nicht. Viel lieber wäre es mir, wenn sich Türkei und Griechenland verständigen könnten und sich die Einmischung von außen samt Attentaten gemeinsam verbieten würden. Dann bräuchten sie keine Waffen beim selben Lieferanten zu kaufen, der sie gegeneinander ausspielt und zum Spielball seiner „Theorien" macht. Was wäre das für ein Gewinn für beide! Das müsste aber auf der Basis des Völkerrechts geschehen – und das war früher und ist auch heute nicht möglich. Das Völkerrecht könnte auch auf Zypern die solide Basis der gemeinsamen Zukunft von Griechisch-Zyprioten und Türkisch-Zyprioten darstellen, wenn man sie frei entscheiden lassen würde. Das scheint aber auch nicht machbar zu sein.